Wirtschaft: eine Sache des Glaubens

Solidarität war ein Begriff, der sich auch hierzulande in vielen Neujahrsreden wiederfand. Daß damit aber nicht nur ein warmherziger Appell an die Spendenfreudigkeit der Wohlstandsbürger gemeint sein kann, zeigt die Broschüre

> **Die Kehrseite der Medaille**. *Ein Glaubensbrief über die Wirtschaft von christlichen Gruppen und Organisationen aus den Niederlanden, deutsche Übersetzung hrsg. von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Texte und Materialien, Reihe B, Nr. 23, 1995, 81 S. (Bestelladresse: Schmeilweg 5, D-69118 Heidelberg).*

Angesichts der Sprachlosigkeit, die leider auch die kirchliche Hierarchie in Sachen Arbeitslosigkeit befallen hat, haben niederländische Christen sich zusammengesetzt und über die akuten Probleme unserer Wohlstandsgesellschaft nachgedacht: Als "Kehrseite der Medaille" beschreiben sie, z. T. an Hand von direkten Zeugnissen, die Armut in der Dritten Welt, die Schuldenlast der armen Länder, die Spaltung der Gesellschaft in den reichen Industrieländern, die neuen Belastungen der Arbeitnehmer und die zunehmende Massenarbeitslosigkeit, die Umweltzerstörung. Die Ursachen für diese menschenverachtende Entwicklung in den armen wie in den reichen Ländern sehen sie in einer Wirtschaftsordnung, die auf Markt und Freiheit setzt, aber eigentlich nur die Freiheit der Besitzenden meint und respektiert:

«Im Anschluß an das, was oben über die Ideologie des "freien" Marktes gesagt wurde, weisen wir auf die folgenden, mit dem Marktmechanismus verbundenen Grundfehler der Wirtschaftsordnung hin:

- Der Markt registriert allein die kaufkräftige Nachfrage, das heißt, daß Menschen mit ungenügender Kaufkraft - die Armen also - nicht zum Zuge kommen. Das hat weitgehende Konsequenzen für die armen Länder.

- Von seiner Anlage her ist das westliche Unternehmen allein an der oberen Schicht der Länder, in denen Absatz zu erwarten ist, interessiert. Auch diejenigen, die in reicheren Ländern zu den Ärmeren gehören, haben keinen Zugang zum Markt.

Die Ursachen für diese menschenverachtende Entwicklung in den armen wie in den reichen Ländern sehen sie in einer Wirtschaftsordnung, die auf Markt und Freiheit setzt, aber eigentlich nur die Freiheit der Besitzenden meint und respektiert.

- Arbeit und Natur werden als Kostenfaktoren betrachtet, die möglichst effizient eingesetzt werden müssen. Ihnen wird, anders gesagt, kein Wert beigemessen, sondern sie werden nur als Mittel benutzt. Das System ist z. B. blind dafür, daß bezahlte Arbeit nur dadurch möglich ist, daß jemand anderes unbezahlte Hausarbeit übernimmt. Im allgemeinen verrichten Frauen diese Arbeit. Wir nennen das informelle Arbeit. Ein großer Anteil der bezahlten Arbeit, die von Männern verrichtet wird, wird erst durch den unbezahlten Einsatz von Frauen ermöglicht. In unserer Marktwirtschaft zählt ihr Einsatz aber nicht mit.

- Kurzsichtiges Denken herrscht vor. Im Streben, möglichst hohen Gewinn zu machen, werden Kosten auf die Umwelt, auf die Schwächeren und auf die Zukunft geschoben. Die Gesellschaft bekommt dann die Rechung für den Schaden, der dadurch verursacht wird, daß Unternehmen unter dem Druck von Konkurrenz und Effizienz arbeiten. Die Kosten der späteren Wiederherstellung - wenn sie denn überhaupt möglich ist! - sind um ein Vielfaches höher als das, was jetzt durch eine weise Politik zu bezahlen wäre. Kostenüberwälzung ist das Wort, womit wir diesen Aspekt der freien Produktion von Unternehmen am besten charakterisieren können.

- Die Konzentration der wirtschaftlichen Macht nimmt zu. Die Märkte werden größer; für zahlreiche Produkte gibt es bereits einen Weltmarkt. Immer mehr Macht ist in multinationalen Konzernen konzentriert. Sie regeln die Massenproduktion

Löffler in: Publik-Forum 15/1988

so, daß die Kosten für sie möglichst niedrig liegen. Mit ihren Produkten drängen sie auf viele Binnenmärkte, von denen sie die heimischen Produzenten verdrängen und den westlichen Lebensstil einführen. Man denke z.B. an die "Coca-Cola und Mac-Donald-Kultur". Nationale Regierungen haben wenig Macht gegenüber den international organisierten Konzernen, sofern sie ihren Einfluß überhaupt zur Geltung bringen wollen. Auch das Streben nach einem offenen Binnenmarkt im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft führt zu größerer Machtkonzentration von Unternehmen.

- Die Marktwirtschaft fällt aus sich heraus keine Werturteile. Das Urteil über das, was, wie und für wen produziert wird, überläßt sie dem individuellen Gewissen des Unternehmers und dem Ermessen des Staates, der dann eben regelnd eingreifen muß. Das größte Zugeständnis besteht in manchen Fällen darin, daß Unternehmen sich bereiterklären, einen Verhaltenskodex zu akzeptieren: Lieferung von Waffen und Giftgasen an ein Unrechtsregime ist möglich, es sei denn, ein Staat greift ein. Eine gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmens ist nicht Bestandteil des Systems, sie muß von außen aufgezwungen werden.

- Wellenbewegungen im Wirtschaftsgeschehen - die Konjunktur - sorgen für ernste und manchmal lang anhaltende Rezessionen mit hoher Arbeitslosigkeit. Sie werden im gängigen Wirtschaftsdenken als eine Art unabwendbares Naturgeschehen angesehen.» (S. 35-37)

Mit dem Blick auf die Bibel, in der Jesus kompromißlos feststellt: *"Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon"* (Mt. 6,24), fordern die Verfasser, denen sich im Rahmen einer vierjährigen Kampagne unter dem Motto *"Wirtschaft: eine Frage des Glaubens"* in den Niederlanden 73 kirchliche Vereinigungen angeschlossen haben, eine Umkehr zum *"Weg zu einer anderen Wirtschaftsordnung"*. Dieses letzte Kapitel bedarf allerdings noch der vertiefenden Diskussion. Die Verfasser selbst verstehen ihren Glaubensbrief nämlich nicht als abschließende Stellungnahme zu den angesprochenen Problemen, sondern als Anregung zum Gespräch, darüber, *"welche Schritte auf eine gerechtere und nachhaltigere Ordnung möglich sind"*.

Nicht nur weil auch der Luxemburger Erzbischof nicht durch wirtschaftskritische Hirtenbriefe auffällt, sondern auch weil Stellungnahmen zum Wirtschaftssystem viel kompetenter von Laienchristen formuliert werden können, wäre die Redaktion eines *"Glaubensbriefes über die Wirtschaft"* im reichen Luxemburg mit seinen bald 6000 Arbeitslosen, seinen 52% Ausländern in der aktiven Bevölkerung, seinem (europäischen) Hang zur Privatisierung wesentlicher Dienstleistungen in der Gesellschaft, seiner Forderung nach Flexibilisierung der Arbeitszeit, seinen fehlenden 1000 Mietwohnungen, seinen täglich 50 Übernachtungen im Obdachlosenheimen usw. vielleicht auch eine Christenpflicht, zur Erinnerung an jene Verantwortung tragender Politiker, die sich im Namen des C wählen lassen.

Die Autoren wären in bester Gesellschaft, warnt doch auch Papst Johannes Paul II., seit dem Untergang des real existierenden Sozialismus vor einem kapitalistischen Triumphalismus. *"Dafür zeige der Kapitalismus zu viele Gebrechen, hier im Westen und in den anrmen Ländern des Südens"* (S. 67).

"Ja, reden wir von Gott!", forderte Hd. im LW an Heiligabend. Eine Kirche, die wie die niederländischen Christen wieder von Gott und seiner Solidarität mit den Schwachen, bei uns und in den armen Ländern redet, könnte wieder Gehör finden. Doch kann sie glaubhaft von Gott reden, wenn sie nicht zuerst als Gemeinschaft ihre Rede formuliert und nach aussen trägt?

m.p.